

Kastrationspflicht abgelehnt

Grüne wollten mit Antrag der Katzenschwemme in Weilrod Einhalt gebieten

Weilrod – Tierschutz muss nicht immer eine große Sache sein. Sie kann auch im Kleinen beginnen. Und ab und zu haben es Politiker auch in der Hand, eben jene kleinen Dinge zu verbessern, die im Endeffekt eine große Wirkung haben können. Ein solches Beispiel dafür haben zuletzt die Grünen vor das Weilroder Parlament gebracht. Denn sie wollten in

einem Antrag, der eine Kastrationspflicht für Freigängerkatzen vorgeschrieben hätte, der alljährlichen Kittenschwemme im Frühjahr, Sommer und Herbst Einhalt gebieten, die gerade beim Tierheim Oberursel Tausende von Euro an Kosten verursacht und Tierschützer in Fangaktionen immer wieder an ihre Grenzen bringt. Allerdings konnten sie sich nicht durchsetzen, denn der Antrag wurde im Parlament mehrheitlich abgelehnt.

KOMMENTAR

Katzenschutzverordnung *Chance vertan*



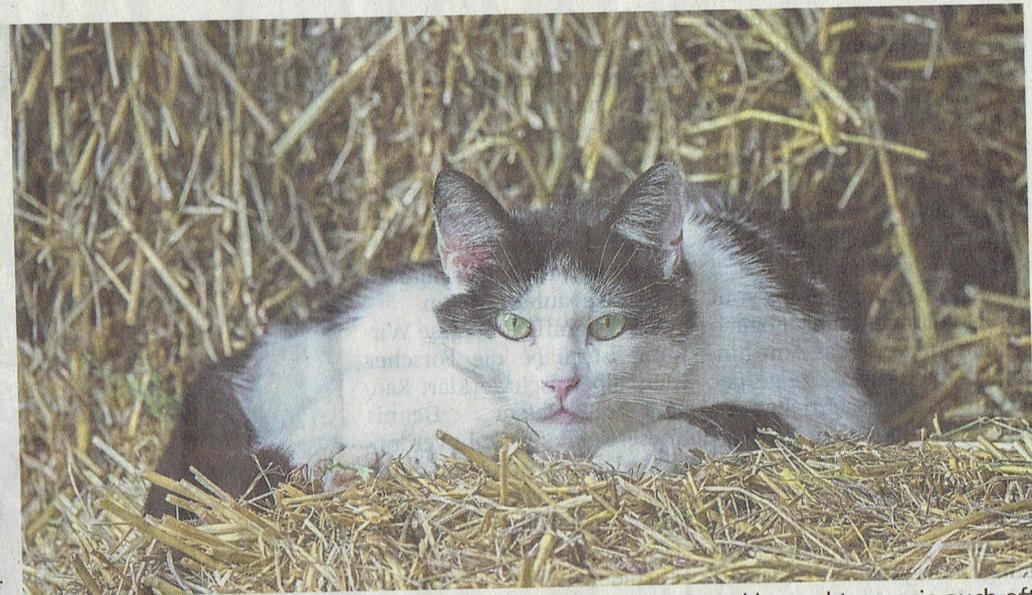
VON INKA FRIEDRICH

Weilrod – In Weilrod wurde die Katzenschutzverordnung mit der Begründung abgelehnt, dass das Problem in Weilrod gefühlt nicht vorkomme. Doch genau da liegt der Haken. Das Leid der Tiere ist eben nicht offensichtlich. Jeder Bauer hat zig Katzen in seiner Scheune. Die Kitten werden jedoch von den Müttern so gut versteckt, dass kaum eine Aussage getroffen werden kann, wie viele in den ersten Wochen, Monaten und Jahren unsichtbar sterben, denn sie sind scheu. Wirklich Aussagen darüber, wie es in einer Katzenpopulation aussieht, können nur diejenigen treffen, die unermüdlich die Tiere einfangen und kastrieren. Und das sind vor allem private Tierschutzorganisationen.

Das Tierheim selbst erklärt auf Nachfrage: „Wenn wir diese privaten Tierschützer nicht hätten, würden wir von Katzen überrannt.“ Darum mein Ratschlag: Fragt die richtigen Leute und schaut am richtigen Ort. Die Begründung, „man bekommt das den Leuten doch nie erklärt, dass sie ihre Katzen kastrieren müssen“, macht übrigens hellhörig. Klar ist, dass die Entscheidung, alle Freigänger-Katzen zu kastrieren, nicht überall auf Gegenliebe stoßen wird. Doch so wird lieber das langsame Leiden und qualvolle Sterben von Tieren in Kauf genommen, als der Gegenwind der Bevölkerung. Hätte man wirklich etwas für den Tierschutz tun wollen, dann wäre dies eine gute Gelegenheit gewesen.

In wenigen Jahren Tausende Katzen

„Katzen können im Jahr zwei- bis dreimal geschlechtsreif werden. Aus jedem Wurf können etliche Kitten hervorgehen, die wiederum mit einem halben Jahr geschlechtsreif werden. In wenigen Jahren hat man Tausende Katzen“, erklärte Marlis Teubert von den Grünen. Zumal kastrierte Katzen länger lebten als unkastrierte Tiere. Unkastrierte Katzen hätten zudem auch einen großen Nachteil für die Wildkatzenpopulation in Weilrod. Denn unkastrierte Hauskatzen mischen sich mit den Wildkatzen, die erzeugten Hybriden sind keine reinen Wildkatzen mehr – die Art könnte so noch mehr unter Druck geraten, weil das Genom durch diese Kreuzungen immer mehr verschwindet. Abgesehen davon,



Streunende Katzen sind Meister im Verstecken. Aus diesem Grund bemerkt man sie auch oft nicht. Und aus diesem Grund laufen sie auch kaum in Tierheimen auf, da sie oft von privaten Organisationen gefangen und kastriert werden.

dass irgendwann die Tierheime wieder von Katzen überrannt würden, sobald die Kittenschwemme einsetze.

Stephan Wetzels von der SPD erklärte, er habe sich umgehört, aber hier feststellen müssen, dass es, so schein es, solche dramatischen Zustände in Weilrod gar nicht gebe, und erklärte, dass man den Antrag ablehnen werde, weil man die Notwendigkeit für Weilrod nicht sehe. Außerdem mangle es an praktischer Umsetzbarkeit. „Wie soll ich der Bevölkerung erklären, dass man seine

Katze kastrieren muss, wenn man sie rauslässt, und wie sollte ich das kontrollieren?“ Das würde den sozialen Frieden doch sehr stören. Ebenso argumentierten auch die Fraktionsmitglieder der FWG und der CDU. Christian Weiß von der FWG sagte, dass er eher mit einer Schutzverordnung für Spielplätze vor Katzen gerechnet habe. „Wer soll denn die Katzen einsammeln, kastrieren und dann zurückgeben?“, fragte er und befand das als „völlig abwegig“. Zudem habe er beim Tierheim Oberursel

nachgefragt, dort befänden sich momentan nur neun Katzen. David Vonrath (CDU) erklärte, dass er die Argumente durchaus nachvollziehen könne, für ihn die Konsequenzen aus so einer Entscheidung jedoch zu hoch sein würden. Auch er sehe keine Populationsgefährdung von Vögeln und Kleintieren durch streunende Katzen.

Eva Holdefer von den Grünen trat zuletzt ans Mikrofon: „Nur weil Sie nicht wissen, dass es das Problem gibt, heißt das nicht, dass es nicht existiert.“ inf